

Landrat sagt Ja zu Übernahme der Schulhäuser

Sekundarschulanlagen Mit nur einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen tritt das Kantonsparlament auf die Vorlage ein

Landrat BL



VON ALESSANDRA PAONE

Als das «komplexeste» Geschäft, welches das Hochbauamt respektive die Bau- und Umweltschutzdirektion, je behandelt hat, bezeichnete Baudirektor Jörg Krähenbühl gestern im Landrat die Vorlage zur Übernahme der Baselbieter Sekundarschulbauten. Am 1. August soll der Kanton 19 Sekundarschulanlagen mit insgesamt 100 Gebäuden übernehmen und den Gemeinden dafür 195 Millionen bezahlen. Die Übernahme hat zudem Änderungen des Bildungs- und des Finanzhaushaltsgesetzes zur Folge.

Kirchmayr gegen Zentralismus

Mit 79 gegen 1 Stimme bei 2 Enthaltungen trat das Kantonsparlament in erster Lesung auf die Vorlage ein. «Wir wollen keine weiteren Übergangslösungen mehr. Es ist jetzt Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen», brachte es der SP-Parteipräsident Martin Rüegg auf den Punkt. Die Gebäudesanierungen seien nötig. Schüler und Lehrer hätten das Recht, in gut gewarteten Räumen zu arbeiten, so der Gelterkinder. Nicht eintreten wollte einzig der Grüne Klaus Kirchmayr. Es sei falsch, den Zentralismus im Kanton weiterzuführen, argumentierte der Aescher.



Bald gehört auch das Sekundarschulhaus Spiegelfeld in Binningen dem Kanton.

ARCHIV/MARTIN TÖNGI

Lange haben der Kanton und die Gemeinden um Reinigungspauschalen, Eigentumsverhältnisse, Kaufpreise und Abwarte gefeilscht. Nun sind sich die beiden Parteien bis auf zwei Punkte in allem einig. Noch

nicht ganz geklärt sind das Rückkaufrecht der Gemeinden und der Lastenausgleich zwischen ihnen und dem Kanton. Die Fraktionen sprachen sich in beiden Punkten für die Anträge der Bau- und Planungskommissi-

on (BPK) aus. So will man den Gemeinden entgegenkommen und ihnen das Rückkaufrecht für Schulbauten, die der Kanton später nicht mehr braucht, unbefristet gewähren. «Das ist vor allem für die Gemeinden

eine faire und sachgerechte Lösung», sagt der Grüne Isaac Reber (Sissach).

Einverstanden war der Rat auch damit, dass die Regierung über den Lastenausgleich mit den Gemeinden erneut verhandelt. Dabei geht es um eine Gemeindekompensation an den Kanton von 13,4 Millionen Franken. Diese erklärt die Regierung damit, dass sich der Kanton in den Real-schulhäusern, anders als in den Se-

«Wir wollen keine Übergangslösungen mehr. Es ist Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen.»

Martin Rüegg, SP Gelterkinder

kundarschulbauten, bloss einmietet. Kritisiert wurde dennoch von verschiedenen Seiten, dass der Streit um die Kompensation erst spät offengelegt worden ist.

Vergebens versuchte die Freisinnige Marianne Hollinger ihre Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen, das Finanzausgleichsgesetz erst nach den Verhandlungen über die Kompensation abzuändern. Das sei, wie wenn man bei einem Autokauf den Kaufvertrag unterzeichne, ohne vorher den Preis vereinbart zu haben, zog die Aescher Gemeindepräsidentin einen Vergleich. Ihr Antrag wurde schliesslich mit 19 Ja zu 60 Nein bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ausgebildete Mütterberaterinnen

Hintertreffen Die Baselbieter Mütterberaterinnen wollen vom Kanton übernommen und besser ausgebildet werden.

VON JÜRIG GOHL

Neidvoll blicken die Baselbieter Mütterberaterinnen auf ihre Kolleginnen in Basel. Dort wurden die Subventionen an ihre Arbeit spürbar erhöht, und fünf der sieben Mütterberaterinnen besitzen deshalb ein höheres Fachdiplom. Im Baselbiet trifft das hingegen nur auf sieben der 22 Kolleginnen zu. Denn der Kanton hat die Mütterberatung im Gesundheitsgesetz zur Sache der Gemeinden erklärt. Diese aber verfügen oft nicht über das Geld und das fachliche Wissen, um die Bedeutung einer höheren Ausbildung für die Mütterberaterinnen zu erkennen und auch noch finanzieren zu können. Die Gemeinden entscheiden heute, was eine Mütterberaterin wissen muss.



Ursula Albertini schildert Isaac Reber ihr Anliegen.

KENNETH NARS

«Wir fordern vom Kanton dringend eine Verordnung über Qualifikation von Mütter- und Väterberaterinnen», sagt Ursula Albertini, Mütterberaterin aus Bubendorf und Mitglied des Leitungsteams beider Basel.

Sie verweist auf die Vorteile eines grossen Fachwissens in diesem Bereich. Sie ist sogar überzeugt, dass das Geld in Schulung klug investiert ist, weil ausgebildete Mütterberaterinnen bei Säuglingen und Kleinkindern bis zum fünften Lebensjahr leichter Fehlentwicklungen erkennen und deshalb präventiv wirken können. So werden Gesundheitskosten gespart. Auch in Fragen der Erziehung können sie junge, bisweilen überforderte Eltern besser beraten.

Den Wunsch nach einer einheitlichen Obhut und nach besserer Unterstützung führten gestern die Baselbieter Mütterberaterinnen den Landrätinnen und Landräten vor Augen, indem sie vor dem Regierungsgebäude in einheitlichen T-Shirts Äpfel verschenken und mit den Politikern das Gespräch suchten. Allerdings ohne zählbaren Erfolg. Denn ein Vorstoss von Regierungsratskandidatin Pia Fankhauser zur Aufwertung der Mütterberatung konnte nicht mehr behandelt werden.

Life-Sciences will über die Grenze rekrutieren

Grenzgänger In Liestal trafen sich Fachleute aus Deutschland, Frankreich und fünf Kantonen, um Fragen des trinationalen Arbeitsmarktes zu diskutieren.

VON DANIEL HALLER

«Die Life-Sciences-Industrie braucht offene Arbeitsmärkte», titelt das Communiqué zum zweitägigen Seminar von 50 Arbeitsmarktexperten von Eures-T (siehe Kasten) aus der trinationalen Region, das gestern in Liestal zu Ende ging. «Schwerpunkt waren die Life-Sciences aus Arbeitgebersicht», erklärte Thomas Keller, Leiter Kiga Baselland, an der Pressekonferenz. Entsprechend traten Vertreter von Novartis, Hoffmann-La Roche und Basel Area als Referenten auf und die Teilnehmenden, die zu einem guten Teil in Arbeitsämtern der trinationalen Region arbeiten.

«Life-Sciences sind der Wachstumsmotor der Region», betonte Hansjürg Dolder, Leiter des AWA Basel-Stadt. «Die Konkurrenz sitzt dabei nicht auf dem anderen Ufer des Rheins, sondern weltweit jenseits der Ozeane.» Entsprechend sei ein regional grenzdurchlässiger, flexibler Arbeitsmarkt ein gewichtiger Faktor für das Prosperieren der Region.

Elsässer ziehen Englisch vor

Dieser Sicht schloss sich an der Pressekonferenz Patrick Morat, Regi-

onaldirektor des Elsässischen Arbeitsamts in Strassburg, an. Im Elsass sei die Arbeitslosenquote doppelt so hoch wie in der Nordwestschweiz. Allerdings sinkt der Anteil der Elsässer Grenzgänger, da Schüler lieber Englisch lernen, mit Aussicht auf einen internationalen Job, statt Deutsch mit einer regionalen Perspektive.

Daniela Luster-Hagedorn, Geschäftsführerin von Eures-T in Stuttgart, erläuterte, wie die Organisation den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt flüssiger gestaltet: Die 14 im Eures-T-Raum tätigen Berater führen jährlich 30 000 Beratungsgespräche, denn die nationalen Gesetze, Steuern und Sozialversicherungssysteme, aber auch die Bewerbungsverfahren sind nach wie vor unterschiedlich. Dies, obwohl Einigkeit herrscht, dass der trinationale Arbeitsmarkt regional weiter gestärkt werden müsse: Sowohl in der Schweiz als auch im Elsass und in Südbaden sei die Arbeitslosenrate niedriger als der jeweilige nationale Durchschnitt.

Probleme, die sich an den Beratungsgesprächen zeigen, würden an die politischen Stellen gemeldet, um sie zu beheben. Dabei hinkt die Schweiz hinterher: Das Grenzgänger-Handbuch Deutschland-Frankreich existiert bereits. Jene zu Frankreich-Schweiz und Deutschland-Schweiz hingegen können noch nicht veröffentlicht werden, da in der Schweiz eine Verordnung noch im parlamentarischen Stau stecke.

■ EURES: JOBS OHNE POLITISCHE GRENZEN

Eures-T-Oberrhein ist ein **trinationales Informationsnetzwerk** für Menschen, die in einem Land wohnen und im Nachbarland arbeiten sowie für Arbeitgeber, die Menschen aus einem Nachbarland beschäftigen. Das Einzugsgebiet um-

fasst das Elsass, Baden, die Südpfalz und in der Schweiz die beiden Basel, Aargau, Solothurn und Jura. «Eures» heisst «**European Employment Services**». Getragen wird die Vereinigung von Arbeitsämtern, Gewerkschaften und Arbeit-

geberverbänden. Sie wurde **1999 gegründet, die Schweiz trat 2004 bei**. Europaweit zählt das Netz 700 Berater, davon 11 in der Schweiz. Das Treffen von Eures-T-Oberrhein hat nun zum ersten Mal im Baselbiet stattgefunden. (DH)

An H2 nochmals 140 Millionen

Zusatzkredit Zusätzliche 140 Millionen Franken hat der Landrat an den Bau der H2 zwischen Liestal und Pratteln absegnet. Damit ist die Strasse durchs Ergolzthal, die nun 554 Millionen Franken kosten, finanziert. Baudirektor Jörg Krähenbühl versprach, dass er diesen Rahmen einhalte.

Mit 63 zu 4 Stimmen (17 Enthaltungen auf links-grüner Seite!) wurde die Summer klar bewilligt. Keine Chance hatte eine Motion von SP-Präsident Martin Rüegg. Diese forderte, die Mehrkosten einzuspielen, indem beim Verursacher, den Automobilisten, der Verkehrssteuer-Rabatt um fünf weitere Jahre aufgehoben wird. Regierungsrat Adrian Ballmer verwies auf die Bedingungen in der Volksabstimmung. «Ich stehe zu meinem Wort», entgegnete er Rüegg. (JG)

Aus dem Landrat

Wiedervereinigung Knapp Ja zu simulierter Fusion

Die Wiedervereinigung zu einem Kanton Basel wird in einer Simulation Tatsache. Mit einer Stimme Unterschied (38 zu 37, 4 Enthaltungen) wurde ein Postulat von Elisabeth Schneider (CVP, Biel-Benken) überwiesen. CVP/EVP, SP und Grüne sagten Ja, die SVP und die FDP (mit Enthaltungen) Nein zur «Sandkastenübung», wie sie der Regierungsrat Adrian Ballmer bezeichnete. (JG)

Birsbrücke Erst das Geld, dann die Planung

Eine neue Birsbrücke bei Laufen soll erst geplant werden, wenn das Geld dafür vorhanden ist. Deshalb hat der Landrat, angeregt durch die CVP, mit 60 zu 20 Stimmen beschlossen, das

Projekt von der Traktandenliste zu nehmen und später zu beraten. (BZ)

Ballett-Sponsoring FDP, Schweigen und Transparenz

Im Sinne der Transparenz vor der Theater-Abstimmung wollte FDP-Landrat Patrick Schäfli wissen, was die Kantonalbank für ihr Sponsoring des Basler Balletts zahle. Diese Fragen entspreche nicht der «Flughöhe» des Landrats, entgegnete FDP-Regierungsrat Adrian Ballmer, Theater und die Bank hätten Stillschweigen über die Summe vereinbart, zudem erhalte die Bank auch Gegenwerte. (JG)

Think-Tank Vertreter der Fraktionen benannt

Den «Think-Tank» in Sachen Kantonsfinanzen bilden Ruedi Brassel (SP), Karl Willmann (SVP), Peter Schafroth (FDP), Klaus Kirchmayr (Grüne) und Franz Meyer (CVP). (JG)